



# Barthle-Brief

Nr. 4

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

21.3.2014

Thema der Woche:

## „Die G8 gibt es nicht mehr“

### Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum EU-Gipfel – Russland ist isoliert

Es ist gute Tradition, daß die Bundeskanzlerin unmittelbar vor Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs eine Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag abgibt. So ist es an diesem Donnerstag vor dem EU-Frühjahrgipfel, bei dem die aktuelle Lage in der Ukraine und die Beziehungen der EU zu Russland Thema sein werden, auch wieder geschehen. Bundeskanzlerin Merkel sieht Russland nach der Annexion der Schwarzmeerhalbinsel Krim zunehmend international isoliert. Angesichts des völkerrechtswidrigen Verhaltens der Regierung in Moskau erklärte sie die Zusammenarbeit im Rahmen der acht Industriationen für beendet. „Solange das politische Umfeld für ein so wichtiges Format wie die G8 nicht mehr gegeben ist, gibt es die G8 nicht mehr“, sagte die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung.

Merkel erneuerte ihre Kritik an dem sogenannten Referendum auf der Krim: Es „entspricht weder der ukrainischen Verfassung noch den Standards des Völkerrechts“, sagte die Kanzlerin. Das Ergebnis der Abstimmung werde die internationale Völkergemeinschaft nicht anerkennen. Es handele sich um eine einseitige Veränderung von Grenzen. Merkel wies darauf hin, daß eine Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die das Referendum verurteilte, nur am russischen Veto gescheitert sei. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union werden nach Ankündigung von Merkel die Sanktionen der Stufe II ausweiten. Vor zwei Wochen hatte sich die Europäische Union auf einen Drei-Stufen-Plan von Strafmaßnahmen geeinigt. Sollte sich die Lage in der Ukraine verschärfen, dann werde die EU die dritte Stufe, also wirtschaftliche Sanktionen,

einleiten. Dies könnte der Fall sein, sollte sich die Lage in der Ost- und Südukraine weiter destabilisieren. Ob die geplanten deutsch-russischen Konsultationen Ende April stattfinden werden, sei derzeit offen, sagte die Regierungschefin.

Merkel bekräftigte, daß Deutschland und die Europäische Union die Ukraine mit konkreter Hilfe unterstützen wollen. Das Hilfsprogramm der EU müsse jetzt schnell umgesetzt werden, forderte die Kanzlerin. Sie wies darauf hin, daß der Internationale Währungsfonds (IWF) derzeit ebenfalls Gespräche mit Kiew über finanzielle Hilfen führe.

Der Frühjahrgipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs konzentriert sich üblicherweise auf wirtschafts- und finanzpolitische Themen. Vor diesem Hintergrund zog Merkel eine positive Zwischenbilanz der Bemühungen, die gemeinsame europäische Währung zu stabilisieren und die Staatsschuldenkrise zu bewältigen. Wachstum und Beschäftigung sind nach den Worten der Kanzlerin der Schlüssel dafür, „um stärker aus der Krise herauszukommen als wir in sie hineingegangen sind“. Die Euro-Zone als Ganzes habe erstmals nach schweren Jahren die Rezession hinter sich gelassen. Die Europäische Kommission rechne für 2014 mit einem Wachstum von 1,2 Prozent. Der Aufschwung sei allerdings keineswegs gesichert, warnte sie. Eine weitere wirtschaftspolitische Koordination sei notwendig, denn eine Konzentration auf Fiskaldisziplin allein reiche nicht aus.

Mit Blick auf die gegenwärtige Situation in der Ukraine zog der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Volker Kauder die Lehre aus den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts:

„Nicht das Recht des Stärkeren, sondern das Recht muss das Starke sein in der Welt“, sagte er. Daß nun Friede herrsche, habe nichts mit Russland zu tun, sondern mit der Einigung Europas. Er sei dankbar, daß der überwiegende Teil des Bundestages, abgesehen von „ganz links“, hinter der Politik der Bundesregierung und der Europäischen Union stehe, wenn es um die Reaktionen gegenüber Moskau gehe. Kauder dankte der deutschen Wirtschaft, speziell dem BDI und dem DIHK, die sich ebenfalls hinter die Politik der Bundesregierung gestellt hatten. Wirtschaftliche Sanktionen seien unter Umständen schmerzhaft, jedoch sei nichts schmerzhafter, als Willkür ausgeliefert zu sein, hatte DIHK-Präsident Eric Schweitzer erklärt. „Europa ist eine Werte- und Schicksalsgemeinschaft und eine Friedenssicherung“, rief Kauder in Erinnerung. Diese Botschaft müsse von dem EU-Gipfel ausgehen. „Nichts wäre schlimmer, als wenn der russische Präsident Putin auch noch den Erfolg hätte, daß wir uns in Europa über Maßnahmen gegen Russland zerstritten.“

ten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️

#### „NSA“-Untersuchungsausschuss eingesetzt

Abhörpraktiken von Nachrichtendiensten befreundeter Staaten in Deutschland haben eine intensive Diskussion über Art und Umfang dieser Aktivitäten ausgelöst. Der Deutsche Bundestag setzte zur Klärung dieser Vorgänge in dieser Woche den Untersuchungsausschuss „NSA“ ein, der u.a. feststellen soll, „ob, in welcher Weise und in welchem Umfang“ Nachrichtendienste der USA, Großbritanniens, Kanadas, Australiens und Neuseelands („Five-Eyes“-Bündnis) deutsche Daten in Deutschland ausgespäht, ausgewertet und weitergegeben haben und ob Stellen des Bundes davon wussten oder daran beteiligt waren. Es ist der erste Untersuchungsausschuss dieser Wahlperiode, dessen Untersuchungsauftrag durch intensive Beratungen im Geschäftsordnungsausschuss nunmehr von allen Fraktionen getragen wird. Der Auftrag ist breit gefasst und bezieht sich auf den Zeitraum seit 2001. Dem nur acht Parlamentarier umfassenden Gremium, das im April seine Arbeit aufnehmen wird, soll Clemens Binninger vorstehen, der lange Erfahrung sowohl als Polizist als

auch als Innenpolitiker mitbringt. „Parteipolitische Unterschiede werden bleiben“, sagte er mit Blick auf die Opposition. Doch rief er dazu auf, diese nicht über die Monate der Ausschusssarbeit zu betonen, sondern gemeinsam zu arbeiten.

Hintergrund: Im vergangenen Sommer war bekanntgeworden, daß die National Security Agency (NSA) im großen Stil die Kommunikation in Deutschland überwacht. Auch das Handy von Kanzlerin Angela Merkel hatte der Geheimdienst demnach über Jahre hinweg abgehört. Der frühere NSA-Mitarbeiter Edward Snowden hatte vertrauliche Dokumente des Geheimdienstes offengelegt und die Affäre damit ins Rollen gebracht. Die Spähaktionen sorgten für eine schwere Belastung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Aber auch andere Nachrichtendienste sollen Daten in Deutschland ausspioniert haben. Noch immer kommen regelmäßig neue Enthüllungen ans Licht. Der Ausschuss soll die Affäre nun aufarbeiten.

#### Förderung der digitalen Wirtschaft

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen hat der Deutsche Bundestag an diesem Donnerstag den Antrag von CDU/CSU und SPD angenommen, den Technologie-, Innovations- und Gründungsstandort Deutschland zu stärken, Potentiale der digitalen Wirtschaft für Wachstum und nachhaltige Beschäftigung auszuschöpfen und die digitale Infrastruktur auszubauen. Dazu hatte der Wirtschaftsausschuss eine Beschlussempfehlung vorgelegt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit dem Deutschen Bundestag eine digitale Agenda 2014 bis 2017 zu erarbeiten, die im Dialog mit Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Tarifpartnern und Wissenschaft umgesetzt wird.

#### Verfassungsgericht bestätigt Unions-Position

Das Bundesverfassungsgericht hat in dieser Woche sein Urteil im Hauptsacheverfahren zur Ratifizierung von Fiskalvertrag und Europäischem Stabilitätsmechanismus ESM in Deutschland verkündet. Dazu erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Norbert Barthle:

„Wir begrüßen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sehr. Das Bundesverfassungsgericht hat endgültig bestätigt, daß der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion („Fiskalvertrag“) und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) grundgesetzkonform sind. Die Antragsteller sind auf ganzer Linie damit gescheitert, die Ratifizierung von Fiskalvertrag und ESM in Deutschland zu verhindern. Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich festgestellt, daß die Haushaltsautonomie des Bundestags bei Hilfsprogrammen aus dem ESM gewährleistet ist. Das gibt Rechtssicherheit und stärkt damit das Vertrauen in die Währungsunion. Im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses hat der Deutsche Bundestag umfassende Regelungen zur Parlamentsbeteiligung im Rahmen des ESM beschlossen. Wir sind sehr froh, daß diese Regelungen eindeutig bestätigt wurden. Etwaige Kapitalabrufe des ESM müssen rechtzeitig und vollständig erfüllt werden können, damit es nicht zu einem grundgesetzwidrigen Stimmrechtsentzug gemäß Artikel 4 ESM-Vertrag kommen kann. Dies ist auch aus Sicht des Gerichts schon jetzt erfüllt. Die Forderung, für absehbare Zahlungspflichten Ansätze im Haushaltsplan vorzusehen, ist unstrittig.“

Hintergrund: ESM und Fiskalvertrag sind wesentliche Säulen einer neuen Stabilitätsarchitektur für Europa. Der Fiskalvertrag verpflichtet alle Vertragsparteien, strikte nationale Schuldenregeln umzusetzen. Mit dem Fiskalvertrag wird darüber hinaus noch einmal unterstrichen, dass das Schuldenstandskriterium des Maastricht-Vertrags in Zukunft neben dem Defizitkriterium stärker in den Fokus der Haushaltsüberwachung rückt. Der ESM ist ein Krisenreaktionsmechanismus, der in akuten Fällen gegen strikte Auflagen finanzielle Hilfen an Mitgliedstaaten gewähren kann. Klare und verlässliche Regeln für solche Fälle stärken Vertrauen und Stabilität im gemeinsamen Währungsraum. Wer Finanzhilfen aus dem ESM beantragen möchte, muss die Schuldenregel des Fiskalvertrags in nationales Recht umgesetzt haben.

#### Zitat

«Eine Gesellschaft, in der alles überwacht wird, ist nicht frei. In einer solchen Gesellschaft wollen wir nicht leben.»

*(Der nominierte Vorsitzende des Untersuchungsausschusses „NSA“ Clemens Binninger am Donnerstag in der Bundestagsdebatte zur Einsetzung dieses Gremiums)*

#### Termine

Sonntag, 19:10 Uhr im ZDF, „Berlin direkt“:

Norbert Barthle zum Thema

„Kommunal Finanzen“